

Wir veröffentlichen eine komplette Übersetzung des Briefes, mit dem der russische Präsident Wladimir Putin die Staats- und Regierungschefs 18 europäischer Staaten zur Kooperation bei der Lösung der Krise in der Ukraine aufgefordert hat.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 071/14 – 15.04.14**

Brief des Präsidenten Wladimir Putin an die Regierungschefs der europäischen Staaten

ITAR-TASS Presseagentur, 10.04.14
(<http://en.itar-tass.com/russia/727287>)

Die Wirtschaft der Ukraine ist in den letzten Monaten regelrecht abgestürzt. Auch ihre Industrie und ihr Bausektor sind im Niedergang begriffen. Ihr Haushaltsdefizit steigt. Der Zustand ihrer Währung ist beklagenswert. Die negative Handelsbilanz wird durch die Kapitalflucht ins Ausland weiter verschlimmert. Die Wirtschaft der Ukraine steht vor dem Zusammenbruch; es drohen ein totaler Produktionsstopp und ein sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Russland und die EU-Mitgliedsstaaten sind die wichtigsten Handelspartner der Ukraine. Angesichts dieser Situation kamen wir auf dem Russland-EU-Gipfel Ende Januar dieses Jahres mit unseren europäischen Partnern überein, darüber zu beraten, wie der Wirtschaft der Ukraine geholfen werden kann; wir wollten die Interessen der Ukraine und unserer Staaten wahren und die Ukraine in die Beratungen einbeziehen. Alle Versuche Russlands, die vereinbarten Beratungen in Gang zu setzen, sind leider ergebnislos geblieben. (Weitere Infos dazu s. unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article124322900/Bruessel-und-Putin-sind-sich-einig-dass-man-uneinig-ist.html> .)

Statt einer Einladung zu Beratungen hören wir nur die Aufforderung, die (mit der Ukraine) vertraglich vereinbarten Preise für russisches Erdgas zu senken, weil sie angeblich "politisch" begründet sind. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die europäischen Partner allein Russland für die Folgen der Wirtschaftskrise in der Ukraine verantwortlich machen wollen.

Vom ersten Tag der Unabhängigkeit der Ukraine an hat Russland mit Erdgaslieferungen zu ermäßigten Preisen zur Stabilität der ukrainischen Wirtschaft beigetragen. Im Januar 2009 wurde mit der damaligen ukrainischen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko ein Liefer- und Kaufvertrag über die Versorgung mit russischem Erdgas für den Zeitraum von 2009 bis 2019 geschlossen. Der Vertrag regelte alle Fragen bezüglich der Lieferung und Bezahlung des Erdgases und garantierte auch dessen ungestörten Transit über ukrainisches Territorium (nach Westeuropa). Diesen Vertrag hat Russland buchstabengetreu erfüllt. Der damalige ukrainische Energieminister war Yuriy Prodan, der auch in der heutigen Regierung in Kiew eine ähnliche Position hat.

Das vertraglich vereinbarte Gesamtvolumen des an die Ukraine gelieferten Erdgases beläuft sich von 2009 bis zum ersten Quartal 2014 auf 147,2 Milliarden Kubikmeter. **Ich möchte auch betonen, dass die festgelegte Preisformel seit Vertragsbeginn nicht verändert wurde.** Und die Ukraine hat bis August 2013 auch regelmäßig den vereinbarten Preis bezahlt.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages hat Russland der Ukraine eine ganze Reihe beispielloser Privilegien und Preisnachlässe gewährt. So wurden von der Ukraine zu leistende Zahlungen teilweise mit russischen Pachtzahlungen für die Anwesenheit der russischen Schwarzmehrflotte auf der Krim verrechnet, die nach dem 2010 vereinbarten Char-kow-Abkommen erst nach dem Jahr 2017 fällig geworden wären. Auch der ukrainischen Chemieindustrie wurden hohe Preisnachlässe für russisches Erdgas eingeräumt. Im Dezember 2013 wurden der Ukraine wegen des kritischen Zustands ihrer Wirtschaft für die Dauer von drei Monaten zusätzlich Sonderrabatte für russisches Erdgas gewährt. Seit 2009 beläuft sich die Gesamtsumme dieser Preisnachlässe auf 17 Milliarden US-Dollar. Außerdem sind wir bereit, auf Strafzahlungen in Höhe von 18,4 Milliarden US-Dollar zu verzichten, die von der Ukraine (wegen Vertragsverletzungen) zu leisten wären.

Während der letzten vier Jahre hat Russland die Wirtschaft der Ukraine durch verbilligte Erdgaslieferung also insgesamt mit 35,4 Milliarden US-Dollar subventioniert. Außerdem hat die Ukraine im Dezember 2013 ein Darlehen von 3 Milliarden US-Dollar von Russland erhalten. Diese sehr hohen Summen wurden zur Aufrechterhaltung der Stabilität und Kreditwürdigkeit der ukrainischen Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt. Kein anderer Staat außer Russland hat die Ukraine bisher in diesem Umfang unterstützt.

Und was tun unsere europäischen Partner? Anstatt der Ukraine reale Unterstützung zu geben, beschränken sie sich auf Absichtserklärungen. Die Versprechungen haben sich bisher nicht in konkreter Hilfe niedergeschlagen. Die Europäische Union nutzt die Wirtschaft der Ukraine als Lieferant für Lebensmittel-Grundstoffe, Metalle und Bodenschätze und als Markt zum Verkauf hochwertiger Waren wie Maschinen und Chemikalien. Das dadurch entstandene Handelsbilanzdefizit der Ukraine ist mittlerweile auf mehr als 10 Milliarden US-Dollar angewachsen; das sind fast zwei Drittel des gesamten Defizits der Ukraine für 2013.

Zu einem großen Teil ist die Krise der ukrainischen Wirtschaft auf den unausgeglichene Handel mit den EU-Mitgliedsstaaten zurückzuführen, und wegen der negativen Handelsbilanz mit der EU kann die Ukraine den vertraglich vereinbarten Preis für russisches Erdgas nicht mehr bezahlen. Gazprom hält sich weiterhin an die 2009 vereinbarte Preisformel und plant keine Veränderung der Lieferbedingungen. Das betrifft auch den vertraglich vereinbarten Preis für Erdgas, der nach der vertraglich festgelegten Formel kalkuliert wird. Russland kann und sollte die ukrainische Wirtschaft jedoch nicht allein durch Preisnachlässe und den Erlass von Schulden unterstützen und damit das Handelsbilanzdefizit ausgleichen, das aus dem Handel der Ukraine mit den EU-Mitgliedsstaaten entstanden ist.

Die Schulden der NAK Naftogaz (s. <http://en.wikipedia.org/wiki/Naftogaz>) der Ukraine für geliefertes russisches Erdgas sind seit Beginn dieses Jahres sprunghaft gewachsen. Im November/Dezember 2013 lagen sie noch bei 1,4515 Milliarden US-Dollar; im Februar 2014 sind sie um 260,3 Millionen und im März um weitere 526,1 Millionen US-Dollar gestiegen. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass bis März nur der ermäßigte Gaspreis von 268,5 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter berechnet wurde. Und trotz des ermäßigten Preises bezahlte die Ukraine keinen einzigen Dollar.

Unter diesen Umständen ist Gazprom nach den Artikeln 5.15, 5.8 und 5.3 des (seit 2009 bestehenden) Gasliefervertrages dazu gezwungen, bei Gaslieferungen auf Vorauszahlung zu bestehen und im Falle weiteren Zahlungsverzuges die Gaslieferung teilweise oder ganz einzustellen. Mit anderen Worten, die Ukraine wird in Zukunft nur noch so viel russisches Erdgas pro Monat erhalten, wie sie einen Monat vorher bezahlt hat.

Das ist zweifellos eine äußerst harte Maßnahme. Damit erhöht sich natürlich das Risiko, dass die Ukraine, russisches Erdgas abzweigt, das eigentlich über ukrainisches Territorium zu westeuropäischen Verbrauchern geleitet werden soll. Wir wissen auch, dass es für die Ukraine sehr schwierig sein wird, ausreichende Gasreserven für die Heizperiode im kommenden Herbst und Winter anzulegen. Um den Erdgastransit (nach Westeuropa) zu sichern, müssen in nächster Zukunft 11,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas in unterirdische Gastanks in der Ukraine gepumpt werden, für die rund 5 Milliarden US-Dollars zu zahlen sind.

Die Tatsache, dass unsere europäischen Partner einseitig alle gemeinsamen Bemühungen zur Lösung der Krise in der Ukraine abgebrochen haben und die vereinbarten gemeinsamen Beratungen verweigern, lassen Russland keine Alternative.

Es kann nur einen Ausweg aus der sehr angespannten Situation geben: Wir meinen, dass es lebenswichtig ist, ohne weitere Verzögerung mit Beratungen auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz- und Energieministerien zu beginnen und gemeinsame Maßnahmen zu erarbeiten, die der Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft dienen und den vertraglich vereinbarten Transit russischen Erdgases (nach Westeuropa) sichern. Wir dürfen nicht noch mehr Zeit verlieren. Deshalb appellieren wir an unsere europäischen Partner, sich mit uns möglichst schnell auf konkrete Schritte zu verständigen.

Russland ist selbstverständlich bereit und willens, sich an der Stabilisierung und Erneuerung der ukrainischen Wirtschaft zu beteiligen, aber nicht allein, sondern nur gemeinsam und zu gleichen Bedingungen mit unseren europäischen Partnern. Dabei müssen auch die Vorleistungen berücksichtigt werden, die Russland bisher schon zur Unterstützung der Ukraine erbracht hat. Wir sind der Meinung, dass nur diese Herangehensweise fair und gerecht ist und zum Erfolg führen kann.

(Wir haben den Putin-Brief komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Wer den tatsächlichen Inhalt des Briefes zum Beispiel mit dem unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-putin-warnt-eu-vor-engpaessen-beim-gas-a-963735.html> aufzurufenden SPIEGEL-Bericht darüber vergleicht, kann selbst feststellen, wie westliche Mainstream-Medien Fakten manipulieren, um Stimmung gegen Putin und Russland zu machen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



President Vladimir Putin's letter to leaders of European countries. Full text

The text of the letter was obtained by ITAR-TASS on April 10

Ukraine's economy in the past several months has been plummeting. Its industrial and construction sectors have also been declining sharply. Its budget deficit is mounting. The condition of its currency system is becoming more and more deplorable. The negative trade balance is accompanied by the flight of capital from the country. Ukraine's economy is steadfastly heading towards a default, a halt in production and skyrocketing unemployment.

Russia and the EU member states are Ukraine's major trading partners. Proceeding from

this, at the Russia-EU Summit at the end of January, we came to an agreement with our European partners to hold consultations on the subject of developing Ukraine's economy, bearing in mind the interests of Ukraine and our countries while forming integration alliances with Ukraine's participation. However, all attempts on Russia's part to begin real consultations failed to produce any results.

Instead of consultations, we hear appeals to lower contractual prices on Russian natural gas – prices which are allegedly of a “political” nature. One gets the impression that the European partners want to unilaterally blame Russia for the consequences of Ukraine's economic crisis.

Right from day one of Ukraine's existence as an independent state, Russia has supported the stability of the Ukrainian economy by supplying it with natural gas at cut-rate prices. In January 2009, with the participation of the then-premier Yulia Tymoshenko, a purchase-and-sale contract on supplying natural gas for the period of 2009-2019 was signed. The contract regulated questions concerning the delivery of and payment for the product, and it also provided guarantees for its uninterrupted transit through the territory of Ukraine. What is more, Russia has been fulfilling the contract according to the letter and spirit of the document. Incidentally, Ukrainian Minister of Fuel and Energy at that time was Yuriy Prodan, who today holds a similar post in Kiev's government.

The total volume of natural gas delivered to Ukraine, as stipulated in the contract during the period of 2009-2014 (first quarter), stands at 147.2 billion cubic meters. Here, I would like to emphasize that the price formula that had been set down in the contract had NOT been altered since that moment. And Ukraine, right up till August 2013, made regular payments for the natural gas in accordance with that formula.

However, the fact that after signing that contract, Russia granted Ukraine a whole string of unprecedented privileges and discounts on the price of natural gas, is quite another matter. This applies to the discount stemming from the 2010 Kharkiv Agreement, which was provided as advance payment for the future lease payments for the presence of the (Russian) Black Sea Fleet after 2017. This also refers to discounts on the prices for natural gas purchased by Ukraine's chemical companies. This also concerns the discount granted in December 2013 for the duration of three months due to the critical state of Ukraine's economy. Beginning with 2009, the total sum of these discounts stands at 17 billion US dollars. To this, we should add another 18.4 billion US dollars incurred by the Ukrainian side as a minimal take-or-pay fine.

In this manner, during the past four years, Russia has been subsidizing Ukraine's economy by offering slashed natural gas prices worth 35.4 billion US dollars. In addition, in December 2013, Russia granted Ukraine a loan of 3 billion US dollars. These very significant sums were directed towards maintaining the stability and creditability of the Ukrainian economy and preservation of jobs. No other country provided such support except Russia.

What about the European partners? Instead of offering Ukraine real support, there is talk about a declaration of intent. There are only promises that are not backed by any real actions. The European Union is using Ukraine's economy as a source of raw foodstuffs, metal and mineral resources, and at the same time, as a market for selling its highly-processed ready-made commodities (machine engineering and chemicals), thereby creating a deficit in Ukraine's trade balance amounting to more than 10 billion US dollars. This comes to almost two-thirds of Ukraine's overall deficit for 2013.

To a large extent, the crisis in Ukraine's economy has been precipitated by the unbalanced trade with the EU member states, and this, in turn has had a sharply negative impact on

Ukraine's fulfillment of its contractual obligations to pay for deliveries of natural gas supplied by Russia. Gazprom neither has intentions except for those stipulated in the 2009 contract nor plans to set any additional conditions. This also concerns the contractual price for natural gas, which is calculated in strict accordance with the agreed formula. However, Russia cannot and should not unilaterally bear the burden of supporting Ukraine's economy by way of providing discounts and forgiving debts, and in fact, using these subsidies to cover Ukraine's deficit in its trade with the EU member states.

The debt of NAK Naftogaz Ukraine for delivered gas has been growing monthly this year. In November-December 2013 this debt stood at 1.451,5 billion US dollars; in February 2014 it increased by a further 260.3 million and in March by another 526.1 million US dollars. Here I would like to draw your attention to the fact that in March there was still a discount price applied, i.e., 268.5 US dollars per 1,000 cubic meters of gas. And even at that price, Ukraine did not pay a single dollar.

In such conditions, in accordance with Articles 5.15, 5.8 and 5.3 of the contract, Gazprom is compelled to switch over to advance payment for gas delivery, and in the event of further violation of the conditions of payment, will completely or partially cease gas deliveries. In other words, only the volume of natural gas will be delivered to Ukraine as was paid for one month in advance of delivery.

Undoubtedly, this is an extreme measure. We fully realize that this increases the risk of siphoning off natural gas passing through Ukraine's territory and heading to European consumers. We also realize that this may make it difficult for Ukraine to accumulate sufficient gas reserves for use in the autumn and winter period. In order to guarantee uninterrupted transit, it will be necessary, in the nearest future, to supply 11.5 billion cubic meters of gas that will be pumped into Ukraine's underground storage facilities, and this will require a payment of about 5 billion US dollars.

However, the fact that our European partners have unilaterally withdrawn from the concerted efforts to resolve the Ukrainian crisis, and even from holding consultations with the Russian side, leaves Russia no alternative.

There can be only one way out of the situation that has developed. We believe it is vital to hold, without delay, consultations at the level of ministers of economics, finances and energy in order to work out concerted actions to stabilize Ukraine's economy and to ensure delivery and transit of Russian natural gas in accordance with the terms and conditions set down in the contract. We must lose no time in beginning to coordinate concrete steps. It is towards this end that we appeal to our European partners.

It goes without saying that Russia is prepared to participate in the effort to stabilize and restore Ukraine's economy. However, not in a unilateral way, but on equal conditions with our European partners. It is also essential to take into account the actual investments, contributions and expenditures that Russia has shouldered by itself alone for such a long time in supporting Ukraine. As we see it, only such an approach would be fair and balanced, and only such an approach can lead to success.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern